



ISSN 1866-5268

ISSN en ligne 2261-2750

Eine wachsende Entfremdung? Das Bild Deutschlands, Frankreichs und der deutsch-französischen Beziehungen fünfzig Jahre nach dem Élysée-Vertrag

Jean-Samuel Marx

Universités de Heidelberg, Allemagne

Université de Strasbourg, France

Jean-Samuel.Marx@iued.uni-heidelberg.de

Reçu le 05-07-2019 / Évalué le 22-07-2019 / Accepté le 15-08-2019

Résumé

C'est dans le contexte d'une interminable crise économique et financière ainsi que d'une longue période électorale que la France et l'Allemagne fêtèrent, en janvier 2013, le cinquantième anniversaire de leur amitié. Le présent article se propose, sur la base du discours politique, du discours médiatique, ainsi que sur l'opinion publique des deux pays, d'analyser l'image de l'Allemagne en France et l'image de la France en Allemagne, de même que l'autoreprésentation des deux États cinquante ans après le Traité de l'Élysée. Plus précisément, il s'agira de faire apparaître les grands thèmes dominant l'image du pays voisin en mettant en avant les facteurs permettant de les expliquer et en les replaçant dans le contexte plus général des relations franco-allemandes.

Mots-clés : autoreprésentation, image de l'Allemagne, image de la France, Traité de l'Élysée, crise de l'euro, Union européenne

Une distanciation croissante ? L'image de l'Allemagne, de la France et des relations franco-allemandes cinquante ans après le Traité de l'Élysée

Zusammenfassung

Im Kontext einer nicht enden wollenden Wirtschafts- und Finanzkrise sowie einer langen Wahlkampfphase begingen Deutschland und Frankreich im Januar 2013 den fünfzigsten Jahrestag ihrer Freundschaft. Im vorliegenden Aufsatz soll auf der Grundlage des politischen und medialen Diskurses sowie der öffentlichen Meinung das französische Deutschlandbild, das deutsche Frankreichbild sowie die Selbstdarstellung beider Staaten fünfzig Jahre nach dem Élysée-Vertrag untersucht werden. Dabei sollen im Einzelnen die wichtigsten Themen, welche das Bild des Nachbarlandes beherrschen, sowie die Faktoren, mit von denen sie zu erklären sind, herausgearbeitet und in den allgemeineren Kontext der deutsch-französischen Beziehungen gestellt werden.

Schlüsselwörter: Selbstdarstellung, Deutschlandbild, Frankreichbild, Élysée-Vertrag, Eurokrise, Europäische Union

A growing distancing? The image of Germany, France and the German-French relationship fifty years after the Élysée Treaty

Abstract

In January 2013, in the context of an endless economic and financial crisis and a long electoral period, Germany and France celebrated the fiftieth anniversary of their friendship. In the present essay, the French image of Germany and the German image of France as well as the self-representation of the two states fifty years after the Élysée Treaty will be analysed on the basis of political discourse, media discourse and public opinion in both countries. More precisely, it will be highlighted which major themes are dominating the image of the neighbouring country as well as the factors that explain them. This will finally be put into the more general context of German-French relations.

Keywords: self-representation, image of Germany, image of France, Élysée Treaty, euro crisis, European union

Am 22. Januar 2013 jährte sich die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages zum fünfzigsten Mal, das deutsch-französische Paar beging seine „goldene Hochzeit.“ Eigentlich hätte ein solches Ereignis ein Grund zum Feiern sein müssen, und sei es nur weil das Zusammenleben beider Partner jahrhundertlang alles andere als einträchtig war. Im Januar 2013 befanden sich Deutschland und Frankreich jedoch allem Anschein nach in ihrer schwersten Beziehungskrise der letzten fünfzig Jahre. Im Folgenden sollen in Form von „gekreuzten Blicken“ die zentralen Themen herausgestellt werden, die das französische Deutschlandbild, das deutsche Frankreichbild und das Bild der deutsch-französischen Beziehungen 2013 beherrschten. Der Fokus soll dabei auf den politischen und medialen Diskurs sowie auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern gelegt werden. Mit einem abschließenden Blick auf die Jahre 2013 bis 2019 soll ermittelt werden, inwiefern die Gründe für die festgestellte Krise dem damaligen Kontext geschuldet oder vielmehr struktureller Art waren.

1. Eine schonungslose Analyse des Status quo

1.1. „Fremde Freunde“? Der deutsche und französische Blick auf die Beziehungen

„Fremde Freunde“: Für *Le Monde* beschrieb dieser Ausdruck, der in deutscher Sprache abgedruckt wurde, den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen im Januar 2013 am treffendsten (Éditorial, *Le Monde*, 22.1.2013) ¹. Dieser Meinung waren viele Pressekommentatoren - in Frankreich wie in Deutschland, in linken wie in konservativ-liberalen Zeitungen.

Als zentrales Problem sahen die politischen Beobachter und Akteure zunächst die Unstimmigkeiten zwischen Angela Merkel und François Hollande: Zwischen beiden Politikern stimme die Chemie nicht (*Le Monde*), es herrsche nach wie vor Misstrauen (*Le Figaro*), beide vermittelten den Eindruck einer Zwangsehe (*Libération*), sie verstünden sich „nicht besonders“, weder persönlich noch politisch (SZ).

Darüber hinaus wurde in den bilateralen Beziehungen ein Ungleichgewicht diagnostiziert. Besonders scharf wurde dies seitens der politischen Ränder angeprangert: Die Rechtspopulistin Marine Le Pen bemängelte die nicht mehr bestehende Gleichstellung beider Länder und warf Frankreich eine „systematische Unterwerfung“ unter Deutschland vor (Le Pen, communiqué, 22.1.2013)². Der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon vertrat mit einer Metapher in Anspielung auf die doppelte Bedeutung des Begriffs „Tandem“ die gleiche Ansicht: „Bisher gibt es im Tandem eine, die am Lenker sitzt, mit der Hand an der Bremse, und einen anderen, der in die Pedale tritt. Hollande tritt in die Pedale. Das ist alles, was er machen darf.“ (Mélenchon, *Métro*, 23.1.2013)³ Beide Äußerungen, so überzogen sie sind, spiegeln eine in Teilen der französischen Gesellschaft verbreitete Angst vor einem „deutschen Europa“ und, damit verbunden, vor einem französischen Einflussverlust in der EU wider. Bereits im Präsidentschaftswahlkampf waren entsprechende Ängste instrumentalisiert worden (Barrière/Roussel, 2012: 61-74). Dass sich beide Länder nicht auf Augenhöhe begegnen würden, war auch in der französischen Bevölkerung eine verbreitete Ansicht. Einer IFOP-Umfrage zufolge teilten 41% der Befragten diese Meinung - auf deutsche Seite interessanterweise nur 15% (Fourquet / Bonneval, 2013: 38).

Schließlich stellten Politiker und politische Beobachter aus Deutschland und Frankreich mit Bedauern fest, dass sich Deutsche und Franzosen immer weniger für den jeweils Anderen interessieren würden. Dies habe zu einem Wiedererstarben von Klischees und einem Abwärtstrend beim Erlernen der Sprache des Nachbarlandes geführt (Éditorial, *Le Monde*, 22.1.2013 / Lehnartz, *Die Welt*, 22.1.2013 / Le Maire, *Le Figaro*, 21.1.2013 / Miard-Delacroix, *Libération*, 21.1.2013,). Dieser Eindruck lässt sich durch die IFOP-Umfrage bestätigen. Die Befragten sollten aufzählen, was sie mit dem Partnerland verbinden. Die Deutschen nannten mit Abstand am Häufigsten Paris, gefolgt vom Eiffelturm und unterschiedlichen kulinarischen Spezialitäten. Bei den Franzosen kam Angela Merkel an erster Stelle, gefolgt von Bier, Berlin, Autos, Charakteristika wie Nüchternheit, Strenge und Inflexibilität, dem Zweiten Weltkrieg sowie schließlich Mauerfall und Wiedervereinigung (Fourquet / Bonneval, 2013: 7-11). Sascha Lehnartz, Frankreich-Korrespondent der *Welt*, bemerkte hierzu: „Die Bilder sitzen fest, als hätte es nie einen Schüleraustausch oder eine Städtepartnerschaft gegeben, als hätte ARTE Jahrzehnte lang ins Nichts

gesendet.“ (Lehnartz, *Die Welt*, 22.1.2013) Noch besorgter zeigte sich der konservative Politiker Bruno Le Maire, der nicht nur eklatantes Unwissen, sondern eine wachsende Gleichgültigkeit feststellte (Le Maire, *Le Figaro*, 21.1.2013).

Angesichts dieser ernüchternden Bestandsaufnahme wundert es kaum, dass in den Kommentaren gelegentlich nostalgisch an ein vermeintliches vergangenes „goldenes Zeitalter“ der deutsch-französischen Freundschaft erinnert wurde. Parallel dazu erhoben sich aber auch Stimmen, die um ein differenzierteres Bild bemüht waren und daran erinnerten, dass die Zusammenarbeit zwischen Präsident und Kanzler auch in der Vergangenheit nicht immer von Anfang an durch Harmonie gekennzeichnet war (Kornelius, *SZ*, 22.1.2013 / Miard-Delacroix, *La Croix*, 22.1.2013 / Quatremer, *Libération*, 21.1.2013). Die Politikwissenschaftlerin Anne-Marie Le Gloannec versuchte ihrerseits, mit dem Hinweis auf die vielen Differenzen, die es im deutsch-französischen Paar in europapolitischen Fragen seit den 1970er Jahren in regelmäßigen Abständen gegeben habe, den Mythos eines „goldenen Zeitalters“ zu widerlegen (Le Gloannec, *Le Figaro*, 16.1.2013). Schließlich betonten viele deutsche und französische Kommentatoren die Rolle der Zivilgesellschaft⁴. Konkret hoben sie die vielen Bereiche hervor, in denen Deutsche und Franzosen im Alltag in Kontakt kommen und zusammenarbeiten würden - sei es durch Städtepartnerschaften, Austausch oder eine Berufstätigkeit im jeweils anderen Land.

Teilweise fiel das Bild jedoch zu positiv aus. Zum einen verloren besagte Kommentatoren aus den Augen, dass nur bestimmte Bevölkerungsgruppen die deutsch-französische Freundschaft aktiv leben. In der bereits zitierten IFOP-Umfrage gaben zum Beispiel auch 2013 immer noch 37% der Franzosen und 27% der Deutschen an, noch nie im jeweils anderen Land gewesen zu sein, und der mit Abstand wichtigste Anlass für einen Besuch war in beiden Fällen rein touristischer Art (Fourquet / Bonneval, 2013: 43-45). Ebenfalls an der Realität vorbei ging die Behauptung der *Le Monde*-Journalistin Sylvie Kauffmann, wonach jeder zweite Deutsche Französisch sprechen würde: Der IFOP-Umfrage zufolge traf dies nur auf 32% der Deutschen zu; umgekehrt gaben nur 26% der Franzosen an, Deutsch zu sprechen. Und selbst diese Werte sind noch zu optimistisch: Sie schließen auch die 26% Deutsche und 22% Franzosen mit ein, die die Sprache des Nachbarlandes „nicht fließend“ sprechen (Fourquet / Bonneval, 2013: 47).

Angela Merkel und François Hollande setzten ihrerseits alles daran, den Eindruck einer Krise zu widerlegen. Die deutsche Kanzlerin ging so weit, zu erklären: „Es ist vielleicht unser bestgehütetes Geheimnis, dass die Chemie stimmt. Dann können wir ganz in Ruhe gut zusammenarbeiten.“ (Merkel / Hollande, Pressekonferenz, 21.1.2013) Das überrascht. Von ihrer Persönlichkeit und ihrem Politikstil her verband Angela Merkel mit dem neuen französischen Präsidenten zweifelsfrei mehr als mit

seinem Vorgänger, inhaltlich lagen ihre Vorstellungen in den zentralen Fragen weit auseinander. Im Umfeld beider Politiker bestritt man zwar nicht, dass in einzelnen Punkten Differenzen bestünden, man sah diese jedoch nicht als Hindernis an (De Ruyg, Rede, 22.1.2013/ Fabius, *Deutschlandfunk*, 22.1.2013 / Schäuble, *Le Monde*, 22.1.2013). Das war eine sehr optimistische Sichtweise.

1.2. Ursachen der Krise aus deutscher und französischer Sicht

Für die Beziehungskrise wurde in der Politik und in der Presse zunächst der Wahlkampf in beiden Ländern und insbesondere das persönliche Verhalten Angela Merkels und François Hollandes verantwortlich gemacht. Im konservativ-liberalen Lager sah man eine klare Verantwortung beim französischen Präsidenten. Dieser hatte unmittelbar nach seinem Wahlsieg versucht, durch ein Bündnis mit Italien und Spanien die deutsche Kanzlerin zu Zugeständnissen in der Euro-Rettungspolitik zu bewegen (Wendler, 2015: 587-588). Dies wurde auch als Versuch gewertet, sich von der traditionellen Rolle des deutsch-französischen-Paares als Motor der EU zu emanzipieren (Nonnenmacher, *FAZ*, 19.1.2013 / Copé, discours, 21.1.2013). Später setzte François Hollande seine Hoffnungen auf eine Neuausrichtung Europas in einen Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl im September 2013. Das warfen ihm Kommentatoren von *Le Figaro* sowie die Führung der UMP vor. Auf linker Seite äußerte lediglich Stefan Kornelius von der *Süddeutschen Zeitung* leichte Kritik daran (Bourmaud/Saint-Paul, *Le Figaro*, 23.1.2013 / Copé, discours, 21.1.2013 / Kornelius, *SZ*, 22.1.2013 / Rousselin, *Le Figaro*, 23.1.2013). Gleichzeitig wies er aber, ebenso wie der französische Politologe Patrick Martin-Genier, darauf hin, dass auch Angela Merkel ihren neuen Partner brüskiert habe, indem sie im französischen Wahlkampf offen den Amtsinhaber Nicolas Sarkozy unterstützt habe (Martin-Genier, *La Croix/Le Monde*, 21.12.2013 / Kornelius, *SZ*, 22.1.2013). Der deutschen Kanzlerin kann vorgeworfen werden, die innenpolitische Lage Frankreichs völlig falsch eingeschätzt zu haben: Angesichts seiner großen Unbeliebtheit war eine Wiederwahl sehr unwahrscheinlich. Andererseits amtierte Angela Merkel auch als Vorsitzende der Schwesterpartei von Nicolas Sarkozys Partei - gegenseitige Wahlkampfunterstützung ist in solchen Fällen nicht ungewöhnlich. Man könnte außerdem einwenden, dass auch François Hollande die deutschen Sozialdemokraten offen unterstützt hatte und auf ihrem Parteitag am 5. Dezember 2011 seine Forderung nach einer Neuausrichtung Europas bekräftigt hatte, die ausdrücklich auch als Kritik an der Politik des Tandems Merkel-Sarkozy gemeint war (Hollande, discours, 5.12.2011).

Auf den Vorwurf, dass er sich nach seiner Wahl von Deutschland als privilegiertem Partner hätte abwenden wollen, antwortete François Hollande in seiner Festrede am

22 Januar 2013 in Form eines Gegenangriffs: „Manch einer ist besorgt, wenn unsere Beziehung nicht so weit geht, wie wir es uns alle wünschen; aber ebenso besorgt, wenn wir zu sehr eins sind - aus Angst, dies könne die eigenen Entscheidungen belasten.“ (Hollande, discours, 22.1.2013) Öffentlich schwieg Angela Merkel zu der Angelegenheit.

Die Krise im deutsch-französischen Paar führten politische Akteure und Beobachter nicht nur auf konjunkturelle, sondern auch auf strukturelle Gründe zurück. Als ein zentrales Problem wurde die wirtschaftliche Lage Frankreichs und die damit verbundene wachsende Kluft zwischen beiden Ländern gesehen. In vielen Stellungnahmen wurde daran erinnert, dass Deutschland mit der Agenda 2010 seine Wirtschaft gestärkt und wettbewerbsfähig gemacht habe, während Frankreich es versäumt habe, die erforderlichen strukturellen Reformen durchzuführen. Eine weitere Schwierigkeit wurde in den divergierenden Vorstellungen beider Partner in wesentlichen Fragen gesehen: der Antwort auf die Eurokrise, der Weiterentwicklung der europäischen Integration und der Sicherheitspolitik. Überraschender ist, dass die Krise im deutsch-französischen Paar nur vereinzelt mit den veränderten Rahmenbedingungen erklärt wurden. Lediglich in einem Kommentar in *Le Monde* wurde darauf hingewiesen, dass sich die Welt seit 1963 dramatisch verändert habe (Kauffmann, *Le Monde*, 22.1.2013). Gerade das Ende des Ost-West-Konfliktes und die deutsche Wiedervereinigung haben aber die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich spürbar beeinflusst (Koopmann/Schild/Stark, 2013).

In einem Punkt waren sich die meisten politischen Beobachter und Akteure aber einig: in der großen Bedeutung, ja sogar der Alternativlosigkeit des deutsch-französischen Paares für Europa. Sie verlangten daher nichts weniger als eine Wiederbelebung der bilateralen Beziehungen. Der Kontext hätte allerdings kaum ungünstiger sein können: Abgesehen vom beginnenden Bundestagswahlkampf war das deutsch-französische Paar voll durch akutes Krisenmanagement beansprucht.

2. Kultur und Identität als Hindernis? Das deutsch-französische Paar im permanenten Krisenmodus

2.1. Die Suche nach einem Weg aus der Eurokrise

In Januar 2013 war auch nach über drei Jahren kein Ende der Eurokrise in Sicht. Von Anfang an gingen die deutschen und die französischen Vorstellungen, wie auf sie zu reagieren sei, auseinander - und das obwohl Angela Merkel und Nicolas Sarkozy dem gleichen politischen Lager angehörten. Der Grund für die Differenzen lag tiefer, genauer gesagt in den unterschiedlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen beider Länder (Schwarzer, 2012/Thomann, 2013: 48). Diese verstärkten sich noch durch den Sieg der Sozialisten in Frankreich.

Trotz der Jubiläumsfeierlichkeiten konnten Deutschland und Frankreich ihre Differenzen nicht völlig beiseiteschieben. In seinen Äußerungen war François Hollande darum bemüht, den Fokus auf die seit Beginn seiner Amtszeit erzielten Kompromisse zu legen und die Aspekte hervorzuheben, bei denen zwischen beiden Staaten Einigkeit herrschte (Merkel/Hollande, Pressekonferenz, 21.1.2013). Er ließ nur indirekt durchblicken, dass er an seinem Willen nach einer Kurskorrektur festhielt (Hollande, discours, 22.1.2013). Deutlicher äußerte sich Außenminister Laurent Fabius, der das Wahlkampfversprechen der Sozialisten wieder aufgriff und sich für die Ergänzung der Haushaltskonsolidierung durch eine Wachstumspolitik aussprach: „Europa muss sozusagen auf zwei Beinen gehen.“ (Fabius, *Deutschlandfunk*, 22.1.2013) In der Sozialistischen Partei gab es aber auch hochrangige Politiker, die viel weiter gehen wollten. Benoît Hamon, der dem linken Parteiflügel angehörte und Mitglied der Regierung war, prangerte in drastischen Worten die Sparpolitik an, die er als „Wirtschaftsdoktrin“ bezeichnete, die nur zu Rezession führe (Hamon, *LCI*, 22.1.2013). Ihm ging es um einen klaren Bruch mit der Politik, wie sie seit Beginn der Eurokrise durchgeführt und maßgeblich von Angela Merkel angetrieben worden war. An diesen Positionen zeigt sich, wie gespalten die französischen Sozialisten in der Europapolitik waren und welche Hürden auf dem Weg zu einem Kompromiss mit Deutschland standen.

Die Anprangerung der bisherigen Eurorettungspolitik wurde häufig mit einer Kritik am sogenannten deutschen Modell verbunden. Das ist nicht verwunderlich, wurde doch Deutschland vorgeworfen, ebendieses Modell der gesamten EU aufzwingen zu wollen. Im Wesentlichen ging es dabei um die unter dem Namen „Agenda 2010“ bekannt gewordenen Sozial- und Arbeitsmarktreformen, die der sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder im Jahr 2003 angestoßen hatte und die von seiner Nachfolgerin fortgeführt wurden. Im sehr linken Teil des politischen Spektrums in der Politik und in den Medien betonte man im Gegenteil die als verheerend angesehenen Folgen dieser Politik, konkret die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Dieser Kritik schlossen sich die deutsche Linkspartei und interessanterweise auch Marine Le Pen an. Die konservativ-liberale Opposition in Frankreich erklärte die Agenda 2010 hingegen zum Vorbild für Frankreich. Dies geschah teils aus Überzeugung, teils aus innenpolitischem Kalkül. Schließlich konnte François Hollande mit dem Hinweis in die Enge getrieben werden, dass die Agenda-Reformen von der Schwesterpartei seiner Sozialistischen Partei durchgeführt worden waren.

Die Konservativen und Liberalen erhielten dabei auch indirekt Hilfe von Gerhard Schröder, der im Interview mit *Le Figaro* die französische Regierung dazu ermutigte, das Land zu reformieren und einen sehr deutlich Appell an sie

richtete: „Deutschland erwartet, dass Frankreich die Hausaufgaben macht, die wir 2003 erledigt hatten.“ (Schröder, *Le Figaro*, 21.1.2013) Damit sprach er aus, was in der Bundesrepublik viele dachten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sprach sich zwar für die „Ergänzung des Fiskalpaktes um Impulse für Wachstum und Beschäftigung“ sowie dafür aus, Frankreich zu ermutigen statt zu belehren (Steinmeier, Rede, 22.1.2013). Mit einer radikalen Kursänderung im Falle eines Wahlsiegs der SPD war aber nicht zu rechnen.

Der Bundesregierung ging es ihrerseits darum, ihre Politik zu rechtfertigen und sich gegen die Kritik zu verteidigen. Finanzminister Wolfgang Schäuble hob die Notwendigkeit von Strukturreformen für eine dauerhafte Lösung der Probleme sowie für Wachstum hervor und wies den Vorwurf einer einseitigen Sparpolitik mit dem Hinweis auf die vielen von der Regierung beschlossenen Investitionsausgaben zurück (Schäuble, *Le Monde*, 22.1.2013). Auch Angela Merkel erklärte in ihrer Festrede in Bezug auf die mit François Hollande vereinbarten Pläne „für eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit“, dass sie sich am „Modell der Sozialen Marktwirtschaft“ orientieren würden, das heißt „auf der einen Seite an der Wettbewerbsfähigkeit und auf der anderen Seite an der sozialen Sicherheit“ (Merkel, Rede, 22.1.2013). Die Bundesregierung hatte seit Beginn der Krise also längst Zugeständnisse gemacht und ihre Rhetorik geändert. Das wurde in der Debatte über die deutsche Politik oft vergessen - sowohl seitens ihrer Gegner als auch ihrer Befürworter⁵.

Über das reine Eurokrisenmanagement hinaus offenbarten sich auch grundsätzliche Unterschiede in den französischen und deutschen Vorstellungen der institutionellen Weiterentwicklung der EU. Frankreich zeigte sich sehr entschlossen, seine alte Forderung nach einer nennenswerten politischen Union als Pendant zur Wirtschafts- und Währungsunion endlich umzusetzen und übte Druck auf die Bundesregierung auf (Cazeneuve, *RFI*, 22.1.2013 /Hollande, Rede, 22.1.2013). Gleichzeitig übten einzelne Pressekommentatoren aus beiden Ländern auch Kritik an Frankreich, das in der Vergangenheit jegliche föderale Entwicklung der EU verhindert habe (Alexander/Lehnartz, *Die Welt*, 23.1.2013 / Vernholes, *La Croix*, 28.1.2013). Bei diesen Themen erschien eine Einigung sehr unwahrscheinlich, die Differenzen waren nicht neu und hingen mit den verschiedenen nationalen Kulturen und Identitäten zusammen. Ähnliches zeigte sich auch bei der Mali-Krise.

2.2. Militärmacht wider Willen? Deutschland und der Krieg in Mali

Nachdem in Mali islamistische Gruppierungen, die bereits die Kontrolle über den Norden des Landes übernommen hatten, eine Offensive gegen den Süden starteten,

kam Frankreich der Bitte des malischen Präsidenten nach und schickte am 11. Januar 2013 seine Armee nach Mali. Rasch stellte sich die Frage einer Beteiligung weiterer europäischer Staaten. Dabei war klar, dass die Bundesrepublik als größtes, politisch mächtigstes und wirtschaftsstärkstes Land gefordert sein würde. Bis auf die Linkspartei unterstützten alle im Bundestag vertretenen Parteien den französischen Einsatz. Angela Merkel erklärte hierzu: „Es ist für uns [...] selbstverständlich, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam annehmen. Deshalb steht Deutschland an der Seite Frankreichs, wenn es um den Einsatz in Mali geht.“ (Merkel, Rede, 22.1.2013) Konkret sicherte die Bundesregierung jedoch zunächst nur materielle und logistische Unterstützung zu.

Öffentlich dankte Frankreich der Bundesregierung für ihre Unterstützung. François Hollande zeigte sich davon überzeugt, dass sie der Beziehung beider Länder „gerecht“ werde (Hollande, Rede, 22.1.2013), Bernard Cazeneuve sprach sogar von einem „wichtigen Beitrag“ (Cazeneuve, *RFI*, 22.1.2013). Der französische Präsident machte aber gleichzeitig unmissverständlich klar, dass Frankreich mit dem Einsatz die Werte verteidige, für die Europa stehe, und einen Beitrag zur Sicherheit des europäischen Kontinents leiste (Hollande, Rede, 22.1.2013). Die implizite Botschaft: Der Einsatz sei keine französische Angelegenheit, die übrigen EU-Länder würden sich nicht einfach heraushalten können. Viel offener und schärfer kritisierten auf französischer Seite politische Beobachter und Politiker der konservativ-liberalen Opposition den als ungenügend angesehenen deutschen Beitrag. Ein wiederkehrender Vorwurf war dabei, dass die Bundesrepublik sich immer noch weigere, die internationale Verantwortung zu übernehmen, die mit ihrem Status als europäische Großmacht einhergehe (Copé, discours, 21.1.2013 / Giret, *Libération*, 21.1.2013 / Miard-Delacroix, *Libération*, 21.1.2013 / Pouchard, *Le Monde.fr*, 22.1.2013 / Rousselin, *Le Figaro*, 23.1.2013). Ganz von der Hand zu weisen ist das nicht. Auch wenn Deutschland seit den 1990er nach und nach seine militärische Abstinenz aufgegeben hat, tut es sich nach wie vor schwer damit, sich an Einsätzen zu beteiligen (Bierling, 2014: 156-186).

Interessant ist deshalb, wie die Bundesregierung ihre Haltung rechtfertigte. Wolfgang Schäuble argumentierte mit der Geschichte: „Es stimmt: Deutschland will in der Außenpolitik keine Großmacht mehr sein. Wie sollten wir auch, nach Hitler und Auschwitz? [...] Wir weigern uns nicht, Verantwortung zu übernehmen, aber wir haben ein anderes Verhältnis zu militärischer Macht.“ (Schäuble/Minc, *Handelsblatt*, 21.1.2013) Verteidigungsminister Thomas de Maizières entschied sich hingegen für eine sehr offensive Verteidigungsstrategie. Zunächst erlaubte er sich eine Spitze gegen die Kritiker, indem er ihnen entgegenhielt, dass ihnen die deutsche militärische Zurückhaltung lange aus Angst vor einem zu mächtigen

Deutschland sehr gelegen gekommen war. Anschließend warf er ihnen vor, die Fakten zu ignorieren; schließlich leiste sein Land mit 6000 Soldaten in Auslandseinsätzen, „einen erheblichen Beitrag, und zwar ausdrücklich auch im europäischen Vergleich.“ Auf die Kritik am geringen Beitrag in Mali entgegnete der Minister schlicht, dass das deutsche „Hauptengagement“ Afghanistan gelte, während Frankreich sich entschieden hätte, dort „weniger engagiert zu sein.“ Zuletzt machte er deutlich, dass die Deutschen „anhand klarer Kriterien“ entscheiden würden, ob sie an einem Einsatz teilnehmen oder nicht. Damit gab er nicht nur zu verstehen, dass Deutschland seine Entscheidungen selbstständig trifft, sondern auch, dass andere Länder nicht immer solche „klaren Kriterien“ hätten (De Maizières, SZ, 31.1.2013). Die Reaktion zeugt zweifellos vom gewachsenen Selbstbewusstsein des wiedervereinigten Deutschlands.

Die deutsche Presse hielt sich mit der Bewertung des deutschen Beitrags in Mali weitgehend zurück. Vereinzelt erhoben sich jedoch Stimmen, die die deutsche Zurückhaltung begrüßten. Neben der *tageszeitung*, die dem Einsatz grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, betrifft dies interessanterweise auch den FAZ-Journalisten Berthold Kohler, der die deutsche Position auf die Erfahrungen in Afghanistan zurückführte (Johnson, *taz*, 14.1.2013 / Kohler, FAZ, 14.1.2013 / Winkelmann, *taz*, 15.1.2013).

Die öffentlichen Äußerungen François Hollandes und seiner Regierung können nicht über einen gewissen Unmut hinwegtäuschen. Über den Fall Malis hinaus warf die deutsche Haltung Fragen in Bezug auf das Ziel einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, auf. François Hollande nutzte seine Festrede für einen indirekten Vorwurf, indem er den Wunsch äußerte, „dass Frankreich und Deutschland die Ziele, die vor 50 Jahren im Élysée-Vertrag vorgesehen waren, wieder aufgreifen - in Bezug auf eine gemeinsame Außenpolitik, die Annäherungen unserer Doktrinen und die Umsetzung gemeinsamer Projekte.“ Auch wenn er es nicht offen aussprach, musste jedem Zuhörer klar sein, an wem die Verwirklichung dieser Ziele seiner Ansicht nach gescheitert war (Hollande, Rede, 22.1.2013). In dieser Frage herrschte ein seltener Konsens zwischen der Regierung und der größten Oppositionspartei. Christian Jacob, deren Fraktionsvorsitzender in der Nationalversammlung, richtete einen eindringlichen Appell an Deutschland: „Wir brauchen Sie, liebe deutsche Freunde.“ (Jacob, Rede, 22.1.2013) Jean-François Copé machte seinerseits deutlich, warum eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik besonders wichtig sei: Die USA würden sich immer weniger für Europa interessieren (Copé, discours, 21.1.2013). Vor diesem Hintergrund wurde in der französischen, vereinzelt aber auch in der deutschen Presse Kritik an der Kluft zwischen den Worten der Bundesregierung und ihren Taten geübt (Alexander/

Lehnartz, *Die Welt*, 23.1.2013 / Barluet, *Le Figaro*, 21.1.2013 / Giret, *Libération*, 21.1.2013 / Rousselin, *Le Figaro*, 23.1.2013).

Tatsächlich sind der amtierenden Bundesregierung für einen Bundeswehreinsatz enge Grenzen gesetzt. Nur durch eine Reform des Grundgesetzes könnte dies geändert werden, doch die Rechtslage geht nicht zuletzt auf die Lehren aus der Geschichte zurück. Aus diesem Grund ist eine wesentliche Änderung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Umgekehrt kann Frankreich vorgeworfen werden, zwar eine deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen zu verlangen, aber gleichzeitig darauf zu bestehen, dass diese nach französischen Vorstellungen und unter französischer Führung erfolgen.

So bleibt festzuhalten, dass die Eurokrise und der Malikrieg deutlich machten, wie groß die Differenzen und das gegenseitige Unverständnis zwischen Deutschland und Frankreich fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung des historischen Freundschaftsvertrages tatsächlich waren.

3. Überwindung oder Verfestigung der Krise? Die deutsch-französischen Beziehungen von 2013 bis heute

Zum Schluss lohnt sich ein Blick auf die Entwicklungen nach 2013, um eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die Beziehungskrise überwunden werden konnte oder ob sie sich im Gegenteil verfestigt hat. In den ersten Monaten des Jahres 2013 hofften führende französische Sozialisten nach wie vor auf einen Machtwechsel in Deutschland. Nur so lässt sich erklären, dass sie nicht an einer Verbesserung des Verhältnisses arbeiteten - ganz im Gegenteil. François Hollande sprach unverhohlen von einer „freundschaftlichen Spannung mit Deutschland“ (Hollande, *France 2*, 28.3.2013)⁶, sein Parteifreund Claude Bartolone, Präsident der Nationalversammlung, ging noch weiter und erklärte, dass er, „falls nötig“, bereit sei, es zur Konfrontation kommen zu lassen (Bartolone, *Le Monde*, 26.4.2013). Freilich gab es auch hochrangige Sozialisten, die zur Mäßigung aufriefen und darauf hinwiesen, dass eine Wiederwahl der deutschen Kanzlerin eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit ihr notwendig machen würde. Innenminister Manuel Valls war einer von ihnen. In der medialen Berichterstattung ging dieser Appell jedoch unter. Auf deutscher Seite war man allerdings auch nicht nur um Beschwichtigung bemüht. Während Angela Merkel zu der Angelegenheit schwieg, ging insbesondere ihr Koalitionspartner den französischen Präsidenten hart an. So erklärte Rainer Brüderle, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP, etwa: „Das erste Jahr der sozialistischen Präsidentschaft war ein verlorenes Jahr. Europa kann nicht länger auf Frankreich warten.“ (*Rheinische Post*, 29.5.2013). Als Angela Merkel im

September 2013 die Bundestagswahl haushoch gewann, wurde François Hollande klar, dass er für den Rest seiner Amtszeit mit ihr würde auskommen müssen.

Zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen kam es erst ab Mitte 2014 im Zuge der Ukraine-Krise, welche die Gefahr eines neuen Krieges auf dem europäischen Kontinent aufkommen ließ: Das deutsch-französische Paar trat geschlossen auf und arbeitete aktiv an einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Russland und der Ukraine. Diese Bemühungen zur diplomatischen Lösung des Konfliktes mündeten in die Unterzeichnung des Minsker Abkommens. Im Jahr 2015 schweißten die islamistischen Terroranschläge in Paris beide Politiker enger zusammen. Das Bild Angela Merkels, die mit geschlossenen Augen ihren Kopf an die Schulter François Hollandes lehnte, ging um die Welt und wurde zum Sinnbild der deutschen Anteilnahme sowie der Einigkeit beider Völker in der Trauer und im Kampf gegen den Terror. Nach den November-Anschlägen kam die Bundesregierung dem Ersuchen Frankreichs nach und beteiligte sich mit bewaffneten Streitkräften am internationalen Anti-Terror-Krieg. François Hollande sah darin ein Zeichen der „außerordentlichen Nähe zwischen Frankreich und Deutschland.“ (Communiqué, 26.11.2015)⁷ Nach ihrem schwierigen Start hatte das Tandem Merkel/Hollande sowohl auf sachlicher als auch auf persönlicher Ebene zu einer besseren Zusammenarbeit gefunden.

Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die inhaltlichen Differenzen nach wie vor groß waren. Neben der Eurokrise betraf dies den Umgang mit der großen Flüchtlingswelle nach Europa, die im Herbst 2015 ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreichte. Die Bundesrepublik betrachtete die Aufnahme der Flüchtlinge als humanitären Imperativ, kämpfte angesichts ihrer hohen Zahl jedoch für eine bessere Verteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Die französische Regierung bekannte sich zwar prinzipiell zum Asylrecht, wies aber im gleichen Atemzug auf die aus ihrer Sicht sehr eingeschränkte Aufnahmefähigkeit ihres Landes hin. Damit war auch klar: Mit der aktiven Solidarität Frankreichs konnte Deutschland nicht rechnen.

Im Mai 2017 begann eine neue Phase der bilateralen Beziehungen: Emmanuel Macron trat die Nachfolge François Hollandes an. Da der neue Präsident mit dem Anspruch angetreten war, Frankreich und Europa zu erneuern, waren mit seiner Wahl große Hoffnungen verbunden. Trotz symbolischer Gesten wie der breiten Einbindung Angela Merkels in die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Waffenstillstands von 1918 verlief die deutsch-französische Zusammenarbeit auch unter dem neuen Präsidenten nicht reibungslos. Nur vier Monate nach seinem Amtsantritt stellte dieser in einer Grundsatzrede seine „Initiative für Europa“ vor und machte eine Vielzahl von konkreten Forderungen und Vorschlägen, darunter die Schaffung eines Eurozonen-Budgets, die Stärkung der sozialen und fiskalpolitischen Konvergenz

innerhalb der EU, die Verwirklichung der europäischen Verteidigungsunion sowie eine noch engere Zusammenarbeit und Konvergenz zwischen Deutschland und Frankreich (Macron, discours, 26.9.2017). Einen Teil dieser Ideen unterstützte Angela Merkel, für andere zeigte sich prinzipiell offen, aber auf die mit Pathos vorgetragene Vision antwortete sie gewohnt nüchtern, pragmatisch und oft technisch (Merkel, FAS, 3.6.2018). Ihre Vorsicht erklärte sich auch mit ihrer realistischen Einschätzung der Lage - mehrere EU-Staaten teilten die Vision Emmanuel Macrons nicht einmal ansatzweise und wären für die in vielen Punkten notwendigen Vertragsänderungen kaum zu gewinnen gewesen - sowie mit ihrem Wissen um die weitreichenden Folgen für Deutschland, insbesondere im finanziellen und militärischen Bereich. Das ließ sie manchen als Bremserin erscheinen und sorgte für Unmut auf französischer Seite.

In dieser ohnehin angespannten Situation entbrannte Anfang 2019 ein Konflikt um die Rüstungspolitik. Auf den Mord am saudischen Regierungskritiker Jamal Khashoggi reagierte die Bundesregierung, von Abgeordneten der mitregierenden SPD, der Opposition und der Öffentlichkeit unter Druck gesetzt, mit einem vorläufigen Waffenexportstopp nach Saudi-Arabien. Die französische Regierung zeigte sich sehr verärgert, da diese Entscheidung faktisch das Projekt eines gemeinsamen Kampfflugzeugs gefährdete.

Am 22. Januar 2019 unterzeichneten Emmanuel Macron und Angela Merkel in Aachen den gelegentlich als neuen Élysée-Vertrag bezeichneten „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“, mit dem der Grundstein für die in der Sorbonne-Rede angekündigte Vertiefung der bilateralen Kooperation in vielen Bereichen gelegt wurde. Beide Länder stehen nun vor der Aufgabe, den Vertrag mit Leben zu füllen. Am Streit um die Rüstungsexporte zeigt sich jedoch beispielhaft, wie schwierig sich die angestrebte engere Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich in der Praxis gestaltet.

Der Überblick über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach 2013 macht deutlich, dass die Beziehungskrise, die anlässlich des Jubiläums diagnostiziert wurde, nicht nur auf die Anlaufschwierigkeiten des Tandems Merkel/Hollande und dem innenpolitischen Kontext beider Länder zurückzuführen sind. Eine große Rolle spielten auch lange überdeckte Unterschiede in ihrer Kultur und Identität. Nur wenn sich Deutschland und Frankreich in Teilen davon verabschieden, besteht die Chance auf eine tiefgreifende Überwindung ihrer Beziehungskrise und auf eine Eindämmung der Entfremdung.

Literatur

- Barrière, A.-L., Roussel, B. 2012. « Contrainte ou modèle ? La place de l'Allemagne dans le débat français sur la crise de la zone euro. » In : *Allemagne d'aujourd'hui* No. 199. Villeneuve-d'Ascq : Presses Universitaires du Septentrion, p. 61-74.
- Bierling, S. 2014. *Vormacht wider Willen - Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart*. München : Verlag C.H. Beck.
- Fourquet, J., Bonneval, L. 2013. « Regards croisés sur les relations franco-allemandes à l'occasion du 50^e anniversaire du Traité de l'Elysée. » IFOP.
- Herbet, D., Miard-Delacroix, H., Stark, H. 2016. *L'Allemagne entre rayonnement et retenue*. Villeneuve-d'Ascq: Presses Universitaires du Septentrion.
- Hilz, W. 2012. Getriebewechsel im europäischen Motor: Von „Merkozy“ zu „Merkollande“? In: APuZ 1-3/2013: *Deutschland und Frankreich*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, p. 23-29.
- Koopmann, M., Schild, J., Stark, H. 2013. *Neue Wege in ein neues Europa - Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges*. □ Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Pfeil, U. 28.11.2016. Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen. In: APuZ 48/2016: *Frankreich*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, p. 34-38.
- Schwarzer, D. 2012. Deutschland und Frankreich und die Krise im Euro-Raum. In: APuZ 1-3/2013: *Deutschland und Frankreich*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, p. 30-36.
- Thomann, P.-E. 2013. Le *couple franco-allemand* et la dimension géopolitique de la crise de l'euro. In : *Hérodote* 2013/4 (n° 151) : Économie et géopolitique. Paris : Institut Français de Géopolitique, p. 39-59.
- Wendler, F. 2015. Die Europapolitik der zweiten Regierung Merkel - Zwei Betrachtungen zur transformativen Wirkung der Krise. In: *Politik im Schatten der Krise - Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013*. Wiesbaden: Springer VS, p. 581-603.

Anmerkungen

1. Die *Süddeutsche Zeitung* sprach ihrerseits von „Fremde[n] Nachbarn“ (Kornelius, *SZ*, 22.1.2013).
2. Im Original: „soumission systématique de la France à l'Allemagne.“
3. Im Original: „Pour l'instant, dans le tandem, il y en a une qui tient le guidon, la main sur le frein, et l'autre qui pédale. Hollande, il pédale. C'est tout ce qu'il a le droit de faire.“
4. Im sehr linken Spektrum, wo die Rolle des deutsch-französischen Paares sehr kritisch gesehen wurde, fokussierten sich die Kommentatoren sogar ganz auf diese Alltagsebene. Auf die Rolle der Zivilgesellschaft ging auch der Linken-Politiker Gregor Gysi ein (Wurtz/Gysi, *L'Humanité*, 22.1.2013).
5. Eine Ausnahme bildet der Politologe Patrick Martin-Genier, der die deutschen Zugeständnisse ausdrücklich würdigte (Martin-Genier, *La Croix/Le Monde*, 21.1.2013).
6. Im Original: „tension amicale avec l'Allemagne.“
7. Im Original: „proximité exceptionnelle entre la France et l'Allemagne.“